

Die alleinigen Schuldigen sind die Gewerkschaften.

Das ist die Weisheit der Arbeitgeberverbände und deren Spindal wie der RBD, der ersteren, um das Existenzminimum des Arbeiters recht niedrig zu halten und die persönliche Arbeitsleistung des einzelnen durch Altkredit oder Prämien immer mehr zu steigern, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und persönliche Beschaffenheit des Arbeiters, der letzteren, um ihr Agitationsbedürfnis befriedigen zu können, ohne daß durch sie für die Arbeiterschaft auch nur das Verringste erreicht worden wäre. Der Standpunkt der Arbeitgeber war von jeher, die Profite müssen gesteigert werden wir müssen billiger produzieren, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein; den Altkrediten muss ein bestimmter Gewinn gesichert werden. Der Pfälzische Arbeitgeberverband sieht den Notchrei aus.

Die pfälzische Wirtschaft kann — dies muß mit besonderem Nachdruck bereits jetzt betont werden — weitere Lohn erhöhungen nicht mehr ertragen. Die Lohnfrage ist tatsächlich zur Sozialfrage für die deutsche Wirtschaft geworden. Es sei davon abgesehen, hier anzutreffen, was maßgebende deutsche Politiker, wie der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius oder der bayerische Ministerpräsident Dr. Gels über die Lohnfrage gesprochen haben.

Bon diesen vom Arbeitgeberverband angeführten Argumenten äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem 18. Kongress der deutschen Gewerkschaften in Hamburg, daß die deutsche Produktion auf allen Gebieten gestiegen sei und einige bedeutsame Industrien den Friedensumsatz bereits hinter sich gelassen haben. Es wäre zwar verfehlt, aus den Erfahrungen dieser Jahre einen allgemeinen Schluss zu ziehen, daß die deutsche Wirtschaft die Schwierigkeiten der Nachkriegsentwicklung und der ihr aufliegenden politischen Lasten bereits endgültig überwunden habe.

Den weiteren Argumenten der Arbeitgeber, Ministerpräsident Dr. Held, können wir übergehen, denn die bayerische Finanzwirtschaft ist gewiß nicht vorbildlich, bis auf den letzten Titel aus als bayerische Eigenart.

Die tatsächlichen Bindungen sind den Arbeitgebern unbehaglich. Diese in ihrem eigenen Interesse zu ändern, ist ihr Bestreben, weil ihnen die Gelegenheit genommen ist, bei Kriegen und sonstigen ungünstigen Betriebsverhältnissen wie in der Vorkriegszeit Rohstoffe durchzuführen. An dessen Stelle wollen sie nun aber verhindern, daß Lohnsteigerungen eintreten. Dies geht aus einem Artikel der "Pfälzischen Zeitung" Nr. 562, vom 28. 11., unter der Überschrift "Sind höhere Löhne tragbar?" hervor, zu welchem u. a. gesagt wird:

"Nicht stehen wir wieder an einem Wendepunkt der Konjunktur. Wenn die Unternehmer sich jetzt aufzuhören erklären, den Ablauf des Tarifvertrages bei sinkender Konjunktur mit Lohnanhängen verbinden zu können, so ist völlig abwegig, hierfür 'nachpolitische' oder ähnliche Gründe suchen zu wollen oder zu glauben, daß die Arbeitgeber der Arbeiterschaft ausreichende Löhne herabsetzen wollten."

Wenn die Arbeitgeber nicht so machtpolitisch sind, so ist doch die Frage berechtigt: "Weshalb mühten bei den letzten wirtschaftlichen Kämpfen (Eigentumskriege, Werkstädter) erst große Gesamtkräfte von hunderten Millionen entstehen, ohne daß eine Einigung möglich wurde?" In der Mitgliederversammlung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 14. Dezember 1928 hat wohl der Vorstandescheiter Dr. Ernst Vorsig betont, daß das Verantwortungsgefühl auf Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite mehr gestärkt werden müsse. Dieses Verantwortungsgefühl bei den Arbeitgeberverbänden wäre aber auch sehr zu begrüßen, unter der Voraussetzung, daß nicht nur der Gewinn des Prinzipiell ist, sondern daß der Arbeiter Mensch in ihm ebenfalls ein Recht hat zu leben. Dem Arbeiter, der seine Existenzmöglichkeit nicht vollständig untergraben will, indem aus ihm die ganzen Reparationslasten abgewälzt werden. Was war für ihn in Anspruch nimmt, das kann man den Arbeitern nicht vorenthalten. Der Pfälzische Arbeitgeberverband stellt die Frage:

"Was erwarten die pfälzische, die deutsche Wirtschaft vom Jahre 1929? Es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder gelingt es der Wirtschaft, bei den politisch und wirtschaftlich abgesetzten Stellen soviel Einstellung zu gewinnen, daß weitere Steigerungen der Produktionslasten, seien sie nun die Folge von Lohnanhängen oder von neuen Steuern, hinzunehmen werden. Oder es kommt zum offenen Kampf der Wirtschaft mit allen den Fortbewegungen der Unternehmungen gefährdeten Kräften. Die Lage ist sehr ernst."

Bergleichen wir nun den Artikel der Arbeiterzeitung Bonnheim "Durch Niederlage zum Sieg" mit dem des Pfälzischen Arbeitgeberverbandes. So besteht in der Berantwortlichkeitssicht der Gewerkschaften nur insofern ein Unterschied, daß auf der schlechten Wirtschaftsverhältnisse, die durch die Lohnanhängen geschaffen worden seien, während die RBD-Produktionslasten die reformistischen Gewerkschaftsführer befürworten wollten, daß keine höheren Löhne erzielt werden. Zu beginn der Kompressionszeitung befanden sie sich auf gleicher Höhe. Die Arbeiterschaft soll durch große Kämpfe zurück geworfen werden. Hierzu ist nur zu konstatieren, daß, solange beide schimpfen, daß die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege befinden. Die Arbeiterschaft tut beiden den Gefallen nicht, ehrlichkeit zu verzeichnen oder sich von unverantwortlichen Personen ins Unglück stürzen zu lassen. Die Arbeiterschaft hat von den kommunistischen Niederlagen mehr als genug. Wenn heute noch manches irrtum liegt, so ist die große Zahl der überzeugten deren schuld. Auf diese stützen sich die Arbeitgeber und die Kommunisten. Sind die Kommunisten den Sieg in ihrer wirtschaftlichen Organisation, so ist es den Gewerkschaften möglich, nach weit mehr Erfolg für die Arbeiterschaft zu erzielen, zum Trotz der Arbeitgeber und zum Schande der gesamten Arbeiterschaft. Das Bestreben der Arbeitgeber sollte in den Arbeiterschaften genügend bekannt sein. Will die Arbeiterschaft ihre Interessen wahren und im Jahre 1929 keine Niederlagen erleiden, so kann es nur das eine geben:

"Quaest in die freigewerkschaftlichen Organisationen!"

Ehr.

Reichsamt mit neuen Steuerbelastungen.

Die Sozialdemokratie übernahm nach den Freitagswahlen im Jahre 1928 mit den Ritterkrediten eine neue Verantwortung und angelobte eine hohe Erholung. Soziale der Arbeitgeberkampf regierte, gesetztes Steuermonopol, Steuererhöhung, Subventionen und Überprüfung in der Reichskasse; so arbeitete der Sozialist und jetzt hat wieder Sozialdemokraten in der Regierung, da kostet das Geld nicht 700 war der fehlbetrag, der auf 50 Millionen Reichsmark berechnet wurde und nun geahndet werden wird. Der fehlbetrag — wahrscheinlich ein noch größerer — wäre in diesem Jahr freilich auch vorhanden, wenn der Reichsbürgerkredit noch regierte; denn es waren die Reparationslasten höher. Einnahmeverlust aus der Haushaltsgesetzung fiel um 40 Millionen herunterdaß sich die Vermögenssteuer, auf 10 Millionen die Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer, die fastig konsolidierte wirtschaftende Bürgerbindung und Sonstige, deren Bezeichnung in dieser Regierung verschwunden. Die Sozialdemokratie steht im angrenzenden Landesteile. Sie betrug im April 1928 unter der früheren Regierung gegen 420,2 Millionen, möglicherweise durch die neue Regierung noch 120 Millionen weniger. Die Vermögenssteuer hat vor gestern fast noch nicht geahndet. Die Vermögenssteueren haben sich die Körperschaftsteuer aufgenommen und die

Reserven wurden ausgegeben. Es sind also alte Sünden, die sich angehäuft haben und die der neue Finanzminister, ein Sozialdemokrat, zu vertreten und zu deden hat.

Selne Vorschläge zur Deckung des Fehlvertrages von noch 500 Millionen gehen nun dahin, nach bereits erfolgten Abschritten beim Reichswirtschaftsrat, beim Etat des Reichsarbeits- und des Reichsinnenministeriums, die Biersteuer um 165 Millionen, die Erträge des Spiritusmonopols um 90 Millionen, die Vermögenssteuer um 164 Millionen und die Erbschaftssteuer um 20 Millionen zu erhöhen. Schließlich soll die Post noch 26 Millionen mehr aufbringen und bei der Aenderung des Finanzausgleichs soll das Reich so versuchen, daß es noch 120 Millionen mehr für sich herausbekommt. Ob die Vorschläge von den zu beschließenden Regierungsparteien auch angenommen werden, steht noch nicht fest. Von den Rechtsparteiblättern wird zum Beispiel die Erhöhung der Vermögenssteuer und die Erweiterung der Erbschaftssteuer auf das Gottschee als unbilligstes bezeichnet. Sie stellen sich bereits schützend vor die bilden Geldeinheiten der Besitzenden, um sie das Eigentum in Gefahr. Das kommt so heraus, daß eben die Nichtbesitzenden, das werktätige Volk, bezahlen sollen, damit die reichen Geldeinheiten geschont werden.

Der Reichshaushalt wird mit rund 9000 Millionen Reichsmark balancieren. Das sind rund 1000 Millionen mehr, als beim Etat 1927. Daraus erkennt man, wie die Lasten größer wurden.

Die Arbeiterschaft tut gut, jetzt schon ihre warnende Stimme zu erheben, damit keine weitere Vermehrung der Massensteuern eintrete. Das arbeitende Volk ist genug bedrückt, es verträgt keine Belastung mehr. Mögen erst einmal die Bevölkerung öffentlich so ihren Steuerwollen befinden wie die Arbeiterschaft, dann steht es mit der Steuermoral und mit dem Steuerauskommen schon besser, aber wie gegenwärtig Steuern genötigt werden, das ist wahrlich des Guten zweit. Das Reich muß Mittel und Wege suchen, auch hierin Wandel zu schaffen, sonst beschließen die Parteien die schönsten und gerechten Steuern und trotzdem kommen keine Gelder in den Staatsfond.

Freiheit.

Nie, urale Sehnsucht der Menschheit, erlöse dich,
Wie begnad dich Gewalt;
All deine Kräfte wieder und wieder erfrischst du
In der Tiefe des Volks und redst dich zu neuer Gestalt.

O du blühender Baum, dem so oft die Welle zerstagen,
Grinnender Stamm, von den Blitzen der Zeit verbrannt,
Neue Zweige breitest du weithin über das Band,
Junge Früchte für dürstende Lippen zu tragen.

Feinde umschleichen dich, hoch hält die grimmige Faust
Drohend zur Höhe, die schon Jahrhunderte sah;
Bon den Westen und tobenden Stürmen umbraust,
Stehst du in tiefgewurzelter Schönheit da.

Hebe dein Auge, tailos schwummernder Knecht,
Wachte empor aus des Geistes stolzischer Enge,
Lebe dir raus die rauschenden Freiheitsgejänge,
Ließ in dir selber baut sich das werdende Recht.
Ernst Brechtang.

Bildungsarbeit im Jan 14.

Die Gewerkschaften haben z. a. die Pflicht, Bildungsarbeit unter ihren Mitgliedern zu betreiben, das Bildungsbedürfnis der Mitglieder zu erwecken und zu pflegen.

In unserem Jan haben wir es gleichfalls versucht, in diesem Sinne zu arbeiten, und zwar schon seit mehreren Jahren.

Angesfangen haben wir mit einer systematischen Bildungsarbeit bereits im Sommer 1927. Nach erfolgter Vorarbeit fanden die ersten Kurse im Winterhalbjahr 1927/28 in den einzelnen Zählstellen unseres Gaues statt. Sie fanden bei den Kollegen, insbesondere bei den Funktionären guten Aufgang, waren auch dementsprechend befreit. Die Veranstaltungen machten sich notwendig, um Funktionäre heranzubilden, die in den geistigen Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, damit sie in der Lage sind, den gewerkschaftlichen Tageskampf zu führen.

Der gute Beifall der Vereinigungen, insbesondere aus ländlichen Kollegentreffen, ließ aber auch erkennen, daß die Beteiligten selbst die Erfahrung hatten, daß ihnen in bezug auf ihr Wissen etwas fehlt, und daß das Veranlassen von Vorträgen eine notwendige Arbeit der Organisationsleitung im Gau war.

Es wurden veranstaltet worden 52 Kurse, die rund 1800 Besucher aufwiesen.

Behandelt wurde: Volkswirtschaft, Betriebsratgesetz, Geschichte der Gewerkschaften, Sicherungsgesetzgebung und Naturphilosophie.

Wer unsere Arbeit im ersten Semester als erfolgreich zu bezeichnen, ist es kein Wunder, wenn im vergangenen Jahre bereits im Sommer an uns das Verlangen gestellt wurde, in diesem Winterhalbjahr die gleichen Veranstaltungen zu treffen.

Dem sind wir ganz nachgekommen. Im Oktober 1928 haben wir wieder begonnen und im November und Dezember weitergearbeitet. Vereinzelte Kurse finden noch statt. Die in diesem Semester behandelten Themen lauteten:

1. Die arbeitsrechtlichen Probleme im Betriebsverbandsrecht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

2. Die Rechte und Pflichten der Versicherer in der Arbeitslosenversicherung.

3. Geschichte und Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung.

4. Der Zusammenschluß der Unternehmungen und Unternehmer (Internationale Verbundenheit des Kapitals). Ein Auschnitt aus der Wirtschaft der Gegenwart.

5. Die sozialwissenschaftlichen Themen.

Wir wirkt erneut auf die vergangenen drei

Wir sich auch für dieses Semester erneut einreihen.

Die rege und lebhafte Beteiligung der Kaufleute an unseren Kursen bestätigen.

Im 17. Januar im Clubber waren erschienen 45 Kollegen;

im 18. Januar im November 237 Kollegen; in 7 Kursen im De-

zember 1928 100 Kollegen. Insgesamt traten 37 Kurse stattfinden.

Die Teilnehmerzahl war 1611.

Ein vorläufiger Abschluß fand unsere Bildungsarbeit für dieses Semester in einem am 12. und 13. Januar 1929 stattgefundene Abendkurs. Der Eltern sind mit freundlich eingereichten Käuflein und Liedern am Saaltheater Bremen.

Den Abschluß bildete: Das Betriebsratgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz sowie ein Vortrag über: Das Leben und die Bedeutung des Tarifvertrages im Wege der Vereinbarung, des Betriebsvertrages, der Verbindlichkeit und Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Als Leiter waren Betriebsratschef und Geschäftsführer des Arbeitersvereins in Köln, Kollege Mois, und der Leiter der Betriebsleitung der Stadt Köln, Kollege Tharoz, gewoahnen.

Festlich trafen die Teilnehmer in Anderach ein. In vereinfachtem großen Autos fuhren sie zum Feierabendlokal. Freudlich wurde vom Majoratshof die Hütte des Reichsdorf im Bereich mit der roten Fahne, dem Symbol der Arbeiterschaft. Der Majoratshof hatte für alles gefordert. Ein gutes und reichliches Abendessen stand bereit, und nochmals alle diejenigen zugeschworen haben, ging es um 7 Uhr an die Arbeit, die bis 10 Uhr dauerte und um unserer Männer verfeierlicht wurde.

Sehr lehrreich war der zu behandelnde Stoff. Die Lehrer verstanden es gut, ihn den Hörern zu übermitteln. Aufmerksam folgten diese den Darlegungen, und reicher Beifall lohnte sie für ihre Mühen. Die Fragestellungen nach Schlüß der einzelnen Vorträge ließen erkennen, mit wie vielen schwierigen Fragen der einzelne in der Praxis sich zu beschäftigen hat.

Alle Beteiligten, das darf wohl mit Recht gesagt werden, haben diese Veranstaltungen begrüßt. Von allen darf aber auch gesagt werden, daß sie für ihre gewerkschaftliche Tagesarbeit neues geistiges Rüstzeug mitgenommen haben, welches sie befähigt, weiter zu arbeiten im Interesse ihrer Kollegen, aber auch im Interesse der Organisation.

Hermann Wirth.

Konrad Bruns, Jubilar.

Und wieder rückt ein an Mitgliedsjahren alter Verbandskollege ein in die Reihe der Jubilare, die 25 Jahre Angestelltenfamilie hinter sich haben. Konrad Bruns, heute Vertreter unseres Verbandes und Vorsitzender im Hauptamt Chemie, wurde am 1. Februar 1904 in der Bahnhofsviertel Berlin als Geschäftsführer angestellt. Eigentlich war er schon einige Monate vorher nicht mehr ehrenamtlich tätig. Aber wir wollen mit dieser Silberung der für uns wichtigen Daten aus dem Leben des Kollegen Bruns lieber von vorn an beginnen.

Konrad Bruns hat am 12. Oktober 1876 als Arbeiterkind im Städtechen Beil (Sachsen) das für ihn ärmliche Licht der Welt erblickt. Sein Entwicklungsgang war der eines intelligenten Arbeiters mit vielen Wünschen, die nicht in Erfüllung gingen. Deshalb konnte er auch keinen "Beruf erlernen", sondern wurde — Tagelöhner, "Angelernter". Er singt also — nach Meinung der beruflich und lebenslänglich Arbeitenden — auf der untersten Rangstufe der Gesellschaft an. Die praktische Schule des Lebens und seine persönliche Einsicht weisen ihn frühzeitig den Weg zur Organisation, zum Fabrikarbeiterverband. Seit dem 31. Oktober 1900 ist Konrad Bruns Mitglied unseres Verbandes. Am 3. Dezember 1903 wurde Bruns von der Weltfirm Vorwig in Berlin geholt, regelt, d. h. deshalb, weil er kein Duckmäuse und kein Esel war, sondern ein Mensch, der wußte, was er wollte, weil er für seine Organisation tätig war, auf die Straße gesetzt. Bruns begab zunächst die ihm vom Verband zustehende Gewerkschaftsunterstützung. Die Bahnhofsviertel Berlin beschloß zu diesem Betrag einen Zuschuß zu leisten in der Höhe, daß für Bruns ein Wochenbetrag von 30 M. herauskommt. Da für hatte er die Tätigkeit eines Bahnhofsviertelangestellten auszuüben, und die Firma Vorwig war vom Regen in die Traufe gekommen. Vom 8. Dezember 1903 bis zum 1. Februar 1904 hat also unser Jubilar bereits Angestelltenfamilie im Wochenlohn ausgestellt. Von dem zuletzt genannten Datum an war Bruns laut Generalversammlungsbeschluß der Bahnhofsviertel Berlin seit ange stellt.

Konrad Bruns war und ist kein Illusionär, sondern ein nüchterner Kaufmannsgeist. Unter seiner feste und sicherer Leitung hat sich die Bahnhofsviertel Berlin aufwärts entwickelt. Unter seiner Leitung wurde in der Bahnhofsviertel Berlin ein gesunder Geist herangeführt, der heute noch nachwirkend seit gegen organisierte Vorsitzendestift.

Als nach der Revolution, die so manche Wandlung brachte, die Schaffung einer Zentralstelle für das Tarifwesen in der chemischen Industrie sich als notwendig und vorteilhaft erwies, kam das "Hauptamt Chemie" mit dem Sitz in Berlin zu Stande. Und als unser Vorstand die Frage zu lösen hatte, wer als Vertreter unseres Verbandes in diese paritätische Institution entsandt werden sollte, so fiel die Wahl auf den Kollegen Konrad Bruns. An dieser Stelle amtiert er als einer der beiden Vorsitzenden seit Mai 1919.

Nach dem heutigen Stande der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung können Männer an solchen Stellen keine Vorbeikräfte erringen. Aber das ist ja in den Gewerkschaften selbst auch nicht anders, damit finden wir uns ab, denn die Zeit der billigen Vorbeikräfte liegt hinter uns; es ist die Zeit der reinen Aktionsperiode.

Auch außerhalb unseres Verbandes war der Kollege Bruns für die Arbeiterbewegung tätig, wie das bei seinem aktiven Naturkrieg nicht anders sein kann. So war er längere Zeit im Aufsichtsrat des Berliner Konsumvereins und war stets für die Sozialdemokratische Partei tätig. Außerdem ist er seit Jahren Mitglied des Vorstandes vom ADGB und im Reichswirtschaftsrat, ein Beweis, welches Vertrauen der Verband zum Kollegen Bruns hat.

Unser Kollege Konrad Bruns hat an jeder Stelle, an die der Verband ihn berufen, sein Bestes gegeben im Interesse unserer Verbandsmitglieder. Das danken wir ihm und wünschen, daß unser Jubilar noch recht lange in gewohnter körperlicher und geistiger Frische für die Interessen unseres Verbandes, unserer Mitgliedschaft sein möge.

Was das Biertrinken für Profite abwirkt.

Aktionär einer Brauerei zu sein, gehört zu den größten Unannehmlichkeiten des Lebens. Das Bier trinkende Publikum sorgt für guten Absatz der Brauereiprodukte, und diese werben anständige Gewinne ab. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Dividendenauschüttung nicht die Rentabilität eines Unternehmens widerspiegelt. Dennoch wollen wir eine Zusammenstellung über die Dividendenverteilung einiger Brauereien bringen:

	1927/28	1926/27
Proz.	Proz.	Proz.
Schwabenbräu, Düsseldorf</td		

ang nahm nun dieser Herr in der Dreherie alle möglichen Messungen mit der Stoppuhr vor. Als wir von laufendem Minuten hörten, da staunten wir schon und sahnen die Ehren. Einige ältere Dreher, die schon 20 Jahre und noch länger Teller drehten, schüttelten mit dem Kopf als sie hörten, daß ihre Arbeitsverträge nach laufendem Minuten unterstellt werden. Der Herr mit der Stoppuhr zog dann wieder ab, aber nachdem er zwei Wochen lang den Betrieb verlassen hatte, kam das dritte Ende nach. Unsere Direktion rückte mit einem Plan heraus, der folgendermaßen aussah: Bissher hat jeder Dreher seine Teller, Lassen, Schüsseln usw., die er gebreit hat, auch poliert. Dieses Polieren soll jetzt von jungen Männern gemacht werden. Deswegen muß vom Stoppzeit des Dreher, weil ja das Polieren wegfällt, etwas abgezogen werden. Wir fragten unsere Direktion: So, wieviel wollen Sie dann abwegfalten lassen? Nun, sagte uns unser Ober, nach den Messungen, die der Mann mit der Stoppuhr gemacht hat, kommt für das Polieren einer Tasse 0,071 Centauswand in Frage. Das würde einen zehnprozentigen Abzug vom Preis rechtfertigen.

Unser Erstaunen über diesen Plan war natürlich groß, und jetzt ging allen Kollegen ein Licht auf über die wissenschaftliche Tätigkeit des Mannes mit der Stoppuhr. Für uns Dreher hätte diese Sache aber noch eine ganz andere Auswirkung gehabt, nämlich die, daß wir nun alle zwei Stunden nicht wie bisher, ca. 2 Minuten lang etwas leichteres Arbeiten gehabt hätten, bei dem wir verschwanden könnten, denn das Polieren ist eine leichtere Arbeit als das Drehen, sondern wir hätten den ganzen Tag über die schwere Arbeit gehabt und dafür noch 10 Prozent Lohnverminderung, während die Direktion 1% Mehrproduktion aus uns herausgeholt hätte. Wir gingen deswegen auf den Plan nicht ein. Später stellte sich auch heraus, daß die Absicht, die Teller nicht zu polieren, undurchführbar ist. Zeit und Geld auswendig für den Mann mit der Stoppuhr war also zuglos vertan.

*
Ein anderer Kollege in einem Betriebe schreibt uns:

Bei uns hat man heimlich Stoppuhren in die Spindeln eingebaut, so daß wir es gar nicht wußten. Wozu unsere Direktion dieses gemacht hat, ist uns nicht ganz klar. Das sie unsere Kreise nicht noch weiter herunterdrücken kann, das muß sie u. G. ohne heimliche Zeitmessungen mit der Stoppuhr wissen. Oder traut sie etwa ihren Überdrehern und den Betriebsassistenten und sogar den Betriebsleitern auch schon nicht mehr? Diese allerdings sind unserer Meinung nach davon überzeugt, daß es unseren Stückpreisen nichts mehr abgezwickt werden kann, denn wenn sie sehen, daß wir dreimal am Tage das Handwechseln müssen, so faßt es wohl des Guten genug sein. Und ichließlich kann ein Isolatoren-dreher, der Ware herstellt, vor der ein Stück viele hunderte Mark kostet, wohl auch zwei Mark pro Stunde Lohn verlangen. Wenn von uns noch mehr Arbeit verlangt wird, dann wird eben die Arbeit schlechter und es gibt Defekt, und dadurch wiederum Probt. Gegen Defekt kann uns auch der Mann mit der Stoppuhr kein Rezept geben.

Aber neugierig sind wir, wie sich in anderen Betrieben diese Zeitmessungen mit der Stoppuhr ausgewirkt haben. Und ob überhaupt welche vorgenommen worden sind. Deswegen möchten wir anregen, daß die Kollegen einmal mehr in unserer Zeitung hierüber berichten. Erwähnen wollen wir noch, daß festgestellt wurde, daß die Stoppuhren falsch gingen.

Amerikaner organisieren um.

In der „A. G.“ ist zu lesen:

Unter der Fülle von Nachrichten über neue Zusammenschlüsse in der amerikanischen Industrie, die der heutigen Weltwirtschaftswandlung in den Vereinigten Staaten das Gepräge geben, dürft die nachstehende für Deutschland besonders interessante beanspruchen. Danach sollen 16 keramische Fabriken Ohio's mit Gesamtaktivien in Höhe von 25 Millionen Dollar zu einem Unternehmen mit dem Namen „American Chinaware Corporation“ zusammengeflochten werden. Chairman of the board des neuen Konzerns soll der frühere Präsident der Cleveland-Händelskammer, William A. Stewart, werden; im übrigen scheint insbesondere Chicagoer Kapital an der Transaktion beteiligt zu sein.

Die in der neuen Corporation vereinigten Firmen haben bis jetzt ein Drittel des amerikanischen Tafelgeschäfts (dinnerware) ergriffen, sie verfügen über 42 bis 45 Proz. der in der Industrie bestehenden Brennöfen (kilns) und kontrollieren weitere 22 Proz.; unabhängig von ihnen würden nur etwa 30 Proz. der vorhandenen Brennöfenbleiben, die sich aus die Staaten New Jersey und Tennessee sowie die pazifische Küste verteilen. Man rechnet nach Zeitmessungen damit, daß diese Machtstellung der neuen Gruppe eine Umstellung der bisherigen Gesetzgebung auf Elektro-Dreher gestartet wird, deren Einrichtung bisher angeblich unterblieben war, weil ihre Wirtschaftlichkeit eine Hochproduktion voraussetzt.

Zum Zusammenhang mit der vorstehenden Nachricht machen Zeitungen auf, daß die keramische Industrie alle Anstrengungen macht, um einen erhöhten Zollschutz zu erlangen, da der gegenwärtige Zoll ungerecht sei. Sicherlich erhält man von dem im November eröffneten Kongress eine bereitwillige Unterstützung solcher Pläne.

Die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie zu den wenigen Exportgruppen gehören, für die es Amerika noch ein interessanter und ausgebildeter Markt besteht, so könnte die geweckte Entwicklung die bedeutende Zukunftsmöglichkeit der deutschen Industrie bedeuten.

Daraus geht hervor, daß die amerikanischen Keramikindustrien fast nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich vorausgezogen sind. Wie weit steht da Deutschland noch hinter nach Amerikaner haben begriffen, was es anstrebt, die Deutschen noch nicht.

Die Amerikaner legen 5 Millionen Dollar in einem Unternehmens, in einem Drittel der Steingutindustrie, zusammen, damit es für die Arbeitnehmer lohnt. Das muß nach unserer Meinung eine hohen Heiligkeit. In der deutschen Porzellankontrolle beträgt das Aktienkapital der reizendartig arbeitenden Steingutindustrie rund 55 Millionen Reichsmark. Daraus geht aber auch die Rücksicht, daß zuletzt erneut über 100 Millionen Aktienstypen eines kleinen erweiterten Unternehmens Drittel eines Geschäftes mit 100 Millionen Reichsmark steingutindustrie ist und 20 Betriebe zur zur 10 Millionen Reichsmark Wirtschaftsmöglichkeiten in der Porzellankontrolle.

Wir hören mit, daß darüber bereits die Erarbeitung von der Gesetzgebung auf die Elektroarbeitszeit der Dreher zu vorbereitet ist. Bei uns steht jetzt die Gesetzgebung fest, daß die keramische und metallische auch betriebsbedürftige Industrie Elektroarbeitszeitssperren haben der amerikanischen Keramikindustrie. Wie das sieht denn ein Dreher zu weit? Wenn man den destruktiven Forderungen hört, in es kein Wunder, wenn die keramische Porzellan- und Steingutindustrie nicht mehr mitmachen will. Amerikaner kann und willer keinen Stein mehr. Sie seit die amerikanische Keramikindustrie der deutschen Steingutindustrie in keinem ausser dorfer erlaufen, daß sie in der Form der Kriegsmauer höhne Höhe zu bezahlen. Jetzt müssen die amerikanischen Unternehmer ihren Arbeitern noch keinen Cent.

Wir sind der Meinung, die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie sollte ihrer Entwicklung nicht mit ihre Wirtschaftsmöglichkeiten, insbesondere einen ersten erneut, wirtschaftlich und technisch zu kommen. Und wird Amerika auf dem gesetzten

Porzellanarbeiter-Branchenkonferenz Thüringen.

Am 6. Januar d. J. tagte im Gewerkschaftshaus in Arnstadt eine Konferenz der Porzellanarbeiter. Vertreten waren 27 Betriebstellen durch 50 Delegierte. Vom Hauptvorstand war Kollege Karl Hanover erschienen. Die Zentralbranchenleitung wurde durch den Kollegen Apel-Charlottenburg vertreten. Von der Gauleitung waren die Branchengauleiter, die Kollegen Hoffmann und Erdmann-Wilhelmen anwesend. Kollege Hoffmann-Wilhelmen eröffnete um 10 Uhr die Konferenz und begrüßte die Erschienenen.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Tariffragen; 2. Agitation; 3. Wahl eines Mitgliedes zum Gaubeirat; 4. Verschiedenes.

Neben Tariffragen referierten die Kollegen Karl Hanover und Apel-Charlottenburg. Ersterer über allgemeine Tariffragen, letzterer über das Tarifverhältnis in der Feinkeramik. Kollege Karl überbrachte einleitend seiner Ausführung Grüne des Hauptvorstandes, der der Konferenz erfolgreichste Arbeit, der seine Stellung selbst ausländigt. Seinen Anspruch auf Urlaubsschädigung hat, kann aber nicht wörtlich ausgelegt werden. Sie hat den Zweck, denjenigen Arbeitern, die freiwillig ohne Grund die Arbeit aufzugeben, die Vergütung des Urlaubs begrenzt, der Urlaubsschädigung zu nehmen. Sie muß daher so ausgelegt werden, daß auch der Arbeiter, der sofern es nicht gilt, als vom Arbeitgeber als entlassen anzusehen ist, wenn auch nach den gegebenen Umständen seine Entlassung unmittelbar bevorsteht und seine Stellung nur deshalb ausländigt, weiter das weiß und einer drohenden Arbeitslosigkeit durch Annahme einer sich ihm bietenden neuen Arbeitsgelegenheit vorzubürgen sucht, er aber sonst nicht gekündigt haben würde. Das aber war hier der Fall.

Die Klägerin hat deshalb Anspruch auf Urlaubsschädigung, deren Höhe und Vorrecht unstrittig ist. Die Entschädigung über die Kosten und über die Streitwertsteigerung beruht auf § 12, 16 A. G. G. § 3 ff. 913. P. L. gez. Schröter.

Wittenberg, den 12. Dezember 1928.

Vorstehende Auskunft wird der Klägerin zum Zwecke der Zwangsvollstreckung ertheilt mit dem Bemerkten, daß eine Ausfertigung vorstehenden Urteils der Bellungen am 2. Dezember 1928 angestellt werden ist.

Wieners, Justizobersekretär.

(Stempel.)

(Datum.)

Freiberg.

Die Arbeiterschaft steht unter dem besonderten Schutz des Reichs. Dieser schone Wortlaut des Artikels 157 der Reichsverfassung wird der Arbeiterschaft immer mehr eine Rote Margarine, je mehr die Behörden den jährlichen Stilllegungen der Unternehmer Rechnung tragen. Auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die von jeher in Erzeugung und Verteilung der Waren plan- und zielloos war. Die nur dort, und solche Waren herstellen läßt, wo das Wort Profit recht groß geschrieben wird. Ob dann nach kurzer oder längerer Zeit, die Arbeitskraft des Einzelnen oder ganzer Belegschaften dabei Schaden leidet oder vernichtet wird, spielt keine Rolle, Handfeste bleibt der Profiteur. Je größer sich diese Märtterhöhlen, genannt Arbeitsstellen, entwidelt haben, je rücksichtloser und brutaler wirkt sich so eine Stilllegung aus. Da in solchen Fällen nicht mehr die am Orte befindliche Direktion mit ihrem Wohlwollen entscheidet, sondern die aussichtsreichenden Bankgruppen der betreffenden Konzerns.

Die Rada A.-G. hat wiederholt in einzelnen Orten Deutschlands der Arbeiterschaft gezeigt, wie sie den § 157 der Reichsverfassung aufzeigt. Zurzeit wird in der Freiberger Porzellanfabrik eine Stilllegung groben Stils durchgeführt. Eine 400 Arbeiter und 20 Angestellte sollen ihren Dank erhalten für die treue Mitarbeit, und an der Ausschüttung der 7 Proz. Hungerlohn der Aktionäre. Solche Betriebsstilllegung, Nationalisierung nennt es die Direktion, ist eine Härte für die Arbeiter. Viel Besitz verpflichtet, sondern Armut trägt die Kosten. Es ist auch in Freiberg. Um die bestehende Konkurrenz aus dem Norden zu schlagen, wurden die besten Arbeiter unter allerlei Verpreßungen nach Freiberg geholt. Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, der Mohr muss gehen. Wo mit den einzelnen Arbeitern Verträge bestehen, hat es die Direktion verstanden, daß Recht des Starkesten sehr wohl zu wahren.

Bei den leitenden technischen Beamten scheint die Direktion bei der Einstellung weniger auf Kosten, als auf Antreibermethoden gelegt zu haben. Das ist auch der Grund sein, weshalb der Prozentsatz der schlechten Waren höher gewesen ist als der guten. Die Arbeiterschaft hat auf diese Dinge schon seit Jahren verwiesen, ohne daß eine Abstimmung der Mängel erfolgt ist. Die Direktion behauptet nun, daß eine Reihe technischer und laufmännischer Mängel vorhanden sei, die eine Verlegung der Geschirrableitung nach Schönwald notwendig macht. Hat dieses die Direktion nicht vorausgesesehen, als sie vor ein paar Jahren die Geschirrableitung in Freiberg neu eingerichtet, um die ungehobenen Zuschüsse, die bisher die Geschirrableitung in Freiberg erfordert hat, wegzulassen zu lassen? Eine ähnliche Erklärung soll auch der Angestelltenvertreter bei der Stilllegungsverhandlung auch an einem Ort stillgelegt werden müssen, freuen wir uns, daß wenigstens die Arbeitskraft der hohen und höchsten Beamten den Schutz des § 157 der Reichsverfassung untersteht. Die Freiberger Direktion soll allerdings erklärt haben, daß die Steatitabteilung, die in Freiberg ausgebaut wird, möglichst die freierwerbenden Arbeiter annimmt.

Die "Wirtschaft" hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, sie rufen die Arbeiter der Direktion entgegen. Sie sollte es auch anders sein, nachdem auch in der Elektroabteilung Entlassungen und Entzettelungen vorgenommen wurden. Die Berichte über die Entwicklung der Gesellschaft lauten günstig, und das ist die Harpia. Nicht um den Menschen dreht sich die Wirtschaft, sondern um den Aktionär.

Bad-Schmiedeberg.

Am 4. Januar wurden die Keramischen Werke Alfred Lohse in Bad-Schmiedeberg auf dem Wege der Zwangsvollstreckung versteigert. Das Werk wurde von der Hendels- und Betriebsbank Leipzig, welche auch die Auswangsversteigerung beantragt hatte, für 150.000 RM erstanden. Die am Konkurs seite Lohse Mitteidenschaft gezeigte Wittenberger Kreispartei hatte ein Angebot von 120.000 RM gemacht. Die Verluste der Lohse genannten Bank werden auf rund 100.000 RM geschätzt. Wie wir erfahren haben, soll die Leipziger Bank willens sein, den Betrieb an Lohse zurück zu verpachten. Es ist somit zu erwarten, daß der Betrieb wieder in Gang gesetzt wird. Neben den leer stehenden Glöckigern sind auch die Angestellten und Arbeiter beteiligt, denn der Konkurs war wegen Renditen an Lohse ausgeschlossen worden. Die Angestellten verlieren aus dem alten und neuen Konkurs an angemeldeten Gehaltsforderungen 27.000 RM, die Arbeiter, wenn wir die schon bezahlten Löhn in der Höhe von rund 11.000 RM abziehen, bekommen noch rund 4000 RM. Ob Lohse dabei ein Geschäft gemacht hat, ist nicht bekannt.

Ein Wort zu den gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen.

Schon immer haben es sich die Gewerkschaften angelegen sein lassen, den Bildungstrieb ihrer Mitglieder zu wecken. Gewerkschaftliche Arbeit und Bildungspolitik gehen deshalb stets Hand in Hand. Das zeigte so recht wieder der 13. Kongress der deutschen Gewerkschaften in Hamburg. Die Schul- und Bildungsfrage nahm auf der Tagung einen großen Raum ein. Und da lohnt es sich, über die Schule einige Ausführungen zu machen, wie sie war und zum Teil noch ist und wie sie sein sollte. Behteres zeigen und bereits die bestehenden weltlichen Schulen.

"Erziehung ist Fortpflanzung der Gesellschaft." Die Jugend bleibt bis zum 14. Lebensjahr und darüber hinaus in ihrem Schöpf, um dann später die Entwicklung der Gesellschaft weiterzuführen. Dies soll natürlich in dem Sinne der führenden Gesellschaftsschicht geschehen. Letztere ist aber immer noch die Bourgeoisie. Sie sucht sich in der Erziehung fortzupflanzen und sucht auch die Erziehung des Proletariats zu bestimmen. Die höhere Schule soll dem Capitalismus tüchtige Kaufleute und Ingenieure bringen. Verschiedene Formen dieser Schule wurden daher geschaffen. (Real-Gymnasium, Real- und Oberrealschule.) Den Proletarierkindern bleibt der Weg zu diesen Schulen in der Wohlsoziale dadurch gesperrt, daß sie infolge der wirtschaftlichen Lage ihrer Eltern gestrungen sind, so rath wie möglich zum Minderbien zu kommen. So war und ist auch heute noch die höhere Schule ein Vorrecht der Wohlhabenden.

In der Volksschule mußte der Religionsunterricht stark im Vordergrund bleiben, damit die bestehenden Zustände den Kindern als Gott-gewollt erscheinen. Hier sollen nur soviel Kenntnisse vermittelt werden, um einen brauchbaren Arbeiter zu bekommen.

Die Fortbildungsschulen wurden geschaffen, um den Qualitätsarbeitsbestrebungen förderlicher zu sein. Schauen wir zurück, was Friedrich Engels sagt: "Die Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, die das Bildungswesen als ein Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benutzt, können nicht einer wirklichen Einheitschule zustimmen, weil sie sich damit selber anheben."

In demselben Augenblick, wo die Kinder zur Selbstverantwortung und Selbstbeherrschung erzogen sind; wo die ungleiche Bewertung von Kopf- und Handarbeit schwundet, in demselben Augenblick fällt der Nimbus der Oberschicht, fällt der Vorwand, allein Führer des Volkes zu sein. Deshalb mußte es Schulen für Herrschende und Dienende, für Kapitalisten und Proletarier geben. Und in diesen Schulen mußte der freie Willen gebrochen werden. Wie geschah und wie geschieht das immer noch? Ach, wir haben es alle erfahren! Die Kleinen lernen zunächst das "Stilleseien" mit gesetzten Händen, dann "daß es Recht nur, wenn man gefragt wird." An der "geheiligten Schulordnung darf ein Kind nicht rütteln, damit es lernt, später die obrigkeitliche Ordnung der Herrschenden als etwas Unantastbares zu betrachten. Die Autorität des Lehrers ist unantastbar, freie Meinungs- und Willensäußerung stark verboten. So erzog und erzieht man Untertanen, aber nicht freie Menschen, die später ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen sollen. Und letztere brauchen wir, um die junge demokratische Republik zu erhalten und auszubauen. Deshalb ist auch eine neue Schulerziehung in einer neuen Schule, in der die konfessionelle Beeinflussung der Kinder außerhalb der Schule liegen muß, eine Staatsnotwendigkeit.

Die moderne Schule, wie sie in der weltlichen Schule angestrebt wird, muß eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft sein. Nicht Zorn, sondern Urheitsgeschäfte brauchen wir; denn Arbeit ist das Element der Wirtschaft. Die Kinder, die der erste Schultag zufällig zusammenfallen, sollen so viel als möglich innerlich verwachsen. Es soll ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entstehen, woraus dann die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft wird. Die Kinder dürfen frei reden mit dem Lehrer, alle Arbeiten verrichten, die notwendig zur Vorbereitung

für den Unterricht sind. Diese Freiheit macht sie dann wirklich gesprächig. Sie fühlen sich bald heimisch in der Klasse und werden treudig an die Erfüllung ihrer Pflichten gehen, weil alles freiwillige Leistungen sind. So wird dann auch die Freude an der eigenartlichen Schulearbeit geweckt. Lohn und Strafe, Verdienste und Vergehen sind eine Angelegenheit der Klassengemeinschaft, nicht des Lehrers. Wer im Unterricht stirbt, wird als Sturmfried der ganzen Klasse, der Kinder bei der Arbeit hingestellt und dementsprechend von den Kindern lebhaft energisch in seinen Schranken zurückgewiesen.

Es ist aus dem Aufgabenkreis, der uns in der neuen Schule entgegensteht, ein Gebiet besonders herausgenommen, nämlich das der Selbstverantwortlichkeit der Kinder. Der Wille des Kindes soll eben erfaßt und beeinflußt werden. Damit ist der Selbstständigkeitstrieb geweckt und wird sich auf allen Gebieten der Schularbeit zeigen. Sittliche Kräfte fangen an sich zu regen: Die Kinder lernen andere ertragen; sie lernen anderen helfen; sie lernen das Können anderer anerkennen und neidlos mit ihnen verkehren; sie werden mittelsam und hilfsbereit sein.

Somit spielen sich alle Aufgaben des ökonomischen Lebens

schon im kleinen Kreise ab und die Kinder machen auf diese Weise in die Gemeinschaft der Freien hinein und werden dann dentende und damit nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft sein.

Kost des Maschinenzeitalters.

Die Ernährungsverhältnisse des Menschen haben sich durch die neue ökonomische Art des Lebens gewandelt. Das Nahrungsbedürfnis des Menschen ist ein anderes als früher. Hierüber sprechen sich einige Zeitgedanken aus, die Prof. Dr. O. Festner den "Sozialhygienischen Mitteilungen" zur Verfügung stellt.

Bekanntlich hat unser Körper eine gewisse Menge von Kalorien nötig. Diese Menge hat sich stark vermindert dadurch, daß die Muskelarbeit des Menschen zum großen Teil durch die Maschine erledigt worden ist. Rationalisierung bedeutet also eine Beschleunigung dieses Wandlungsprozesses, den unsere Ernährung erfährt.

Der Mensch unserer Tage braucht einen verhältnismäßig größeren Eiweißgehalt in seiner Nahrung, da er sonst zuviel Kalorien bekommen würde. Praktisch macht Prof. Festner das an einer Aufstellung klar. Von den gebräuchlichsten Nahrungsmitteln kommen auf 100 Gramm Eiweiß oder 16 Gramm Stärke abgerundet folgende Kalorienmengen:

Fleisch (Schwein)	500 Kalorien
Ei	1100 "
Käse	1300 "
Milch	2000 "
Weißbrot	3300 "
Mais	4100 "
Kartoffeln	5000 "
Reis	5600 "
Größtes Brot	7600 "

Gegen früher muß nun, so sagt Festner, eine Verschiebung innerhalb der Tabelle in der Richtung nach oben erfolgen: Erst von gebräum Brot durch seines Ersatzes durch Pflanzenahrung durch tierische Nahrung. Diese Verschiebung ist auch in allen Ländern, so schreibt Festner, die Industrieevolution und landwirtschaftliche Maschinen zeigen, außerordentlich deutlich. Fleisch und Milch haben eine starke Zunahme im Verbrauch nötig. Das Brot als Hauptstück der Ernährung ist damit nur noch traditionell.

Allerdings würde die einseitige Fleischernährung einen Zulosemangel hervorrufen. Daraum sind der Nahrung Rohstoff, Gemüse, Obst, Salat zuzulegen. Die richtige Kost des Maschinenzeitalters ist aber Fleisch, Milch, Gemüse, Brot und Kartoffeln müssen zurückspringen.

Und doch spielt gerade die Kartoffel heute noch eine große Rolle in der Ernährung — aus Not. Weil die Einkommensverhältnisse zu dieser wissenschaftlich notwendigen Ernährung des Maschinenzeitalters nicht langen. Die Umstellung in der Ernährung macht eine Umtellung in den Einkommensverhältnissen dringend erforderlich.

Deutsch!

Süddeutsche Schritte von Alfred Auerbach.

L

Eine norddeutsche Familie war in einer kleinen Sommerfrische. Sie verstand die Leute nicht. —

Eines Tages hörte klein Hänschen neue Gäste reden, die norddeutsch sprachen. Entsetzt ließ Hänschen zur Mutter:

"Mutter, Mutter, denk mal, es sind neue Leute angelungen, die auch Deutsche sind."

II.

Ich fuhr mit der Tram von Mainzheim nach Ludwigshafen. Eine Dame fragt den Schaffner nach einer Ingverbindung, hochdeutsch:

"Wann fährt der Zug ab?"

"Siebenvierzehn!"

"Wie, bitte?"

"Siebenvierzehn!"

"Uhr 10?"

"Nein, siebenvierzehn."

"Ich vermittele."

Der Schaffner meint 47, also der Zug fährt nachher, um 6 Uhr 47."

Der Schaffner drehte sich nach mir um und sprach:

"Ja! — Wenn doch nur die Zeit net reise wollte, wo sei Deitsch verschte."

Scham.

Sie gingen schweigend über den Markt, der erfüllt war von Geschrei und Geisschen, der gerechte Sid und seine Jünger.

Querwegs begegnete ihnen ein Mann, trunken von Wein und politischem Streit. Seine Kleidung war geöffnet und zeigte des Leibes Wölze.

"Dieser Mensch ist ohne Scham", sagte der strenge Stroh-Sid aber schweigend weiter.

Da aber die Lust heizt und staubig war und der Durst den Gaumen trocknet, kauste Stroh ein Maß saftiger Kirschen, um sie bei der Rast vor dem Städtchen zu verzehren. Da sie nun am lahnenden Baum des Stroms saßen, waakte ein breithals verhügeltes Weiblein vorüber, deren leidvoll glimmernder Blick begehrnd nach den Kirchen schielte. Obwohl Stroh des Weltes Flehen bemerkte, machte ihn der Durst hart. Sid aber griff in den Schoß des Unarmherzigen, gab dem Weibe von den Früchten und sprach zu den Jüngern:

"Seht, wie frisch und wunderlich ihr seid! Der Blöden eures Leibes schämt ihr euch, aber die Blöken und Geschworene eurer Seele zeigt ihr hundertmal am Tage, so da sind Geh, Reid, Hochmut, Schmähsein, Habucht, Machtgier und Mitleidlosigkeit!"

Otto Kräse.

Nationalität.

Von Gottfried Keller.

Vollstum und Sprache sind das Jugendland, darin die Völker wachsen und gebeihen, das Mutterhaus, nach dem sie sehnen schreien, wenn sie verschlagen sind auf fremden Strand.

Doch manchmal werden sie zum Gangelsbank, sogar zur Reite, um den Hals der Freien, dann treiben längst Erwachsne Spielereien, genarrt von der Tyrannen schlauer Hand.

Hier trenne sich der lang vereinte Strom! Verliegend schwunde der im alten Stande! Der andre breche sich ein neues Bett!

Denn einen Pontifex nur sah der Dom, das ist die Freiheit, der politische Glanz, der löst und bindet jede Seelenkette,

etwa 5200 Wohnungen, also 500 mehr, finanziert werden. Der Gesamtostenaufwand hierfür einschließlich der Eigenmittel der Bauherren (10 bis 20 Prozent) beläuft sich auf die gewalige Summe von rund 64 Millionen Mark.

Die Ausbringung der erforderlichen riesigen Hypothekenbeträge stieg im Jahre 1928 auf sehr große Schwierigkeiten, zumal die Aufnahme von Anleihen für den Wohnungsbau in Folge Änderung der Anlagebestimmungen bei der Städtischen Sparkasse nicht mehr möglich war. Von den 5200 Wohnungen sind ab Jahresende erst 1600 fertiggestellt worden.

Im Jahre 1929 ist mit einer viel lebhafteren Bautätigkeit zu rechnen. Die westlichen Wohnungen bis zu 5200 sind in Angriff genommen und auch für das Baujahr 1929 sollen 2000 neue Wohnungen außer denen die im Rückstand vom Baujahr 1928 geblieben sind, neu errichtet werden. Infolge der frühen Kontrahierung des Wohnungsbauzes sind die Lagerbestände auf den einzelnen Biegeleien sehr gering. Auch die Mietlinge sind gegenüber dem Vorjahr geringer, weil ein Teil der Biegeleien die Differenz länger im Betrieb gehalten hat. Nach einer von uns vorgenommenen Zählung standen auf Lager in den einzelnen Biegeleien:

an gebrauchten Steinen	5 400 000 Stück
an Rohlingen	3 100 000 Stück

auf insgesamt 18 Biegeleien. Auf zwei Biegeleien standen überhaupt keine Steine auf Lager, alles was aus dem Lager kam ging sofort an die Bautstellen. Neben dem Wohnungsbau ist auch mit einer stärkeren Privatbautätigkeit zu rechnen. Auch die Stadt Köln selbst ist daran stark beteiligt. Eine neue Markthallenkirche, Schulen und Verwaltungsgebäude werden errichtet. Der von den freien Gemeinschaften gegründete Reichsheimstättengemeinde "Gutkunst e. V." errichtet 100 Einzelhäuser. Allem Anschein nach ist mit einer sehr guten Konjunktur zu rechnen. Die Biegeleien steht schon Vorbereitungen, die Konjunktur soll auszunehmen. Eine Biegelei in Köln-Westhofen, die jahrelang still gestanden hat, soll wieder in Betrieb gesetzt werden. In Köln-Müngersdorf ist man im Begriff, einen neuen Wingoten zu bauen. Einige Handelsfirmen geben zum Mietshausbetrieb an. Neben dem Biegeleibesitzer, alles vorzubereiten, um ihre Geldsäcke zu füllen. Ob das letztere ganz gelingen wird hängt mit von der Arbeitssituation ab. Die Tariflöhne von 84 Pf. für die Facharbeiter, 78 Pf. für die angelernten Arbeiter reichen nicht, auf den biegeleien in Arbeit zu treten. Die Arbeitslöhne sind im Kölner Wirtschaftsbereich in den letzten drei Jahren sehr gestiegen. Man verlangt jedes Jahr höhere Leistungen. Aus der Biegeleibesitzer soll alles herausgeholt werden. Ist der Absatz schlecht und die Preise für die Steine gehen nach unten, verlässt man sich auf den Arbeitslöhnen der Arbeiter, um sie zu halten. Dazu kommt der Versuch, mit sehr wenigen Arbeitskräften alles bewältigen zu können. Man versucht auf diese Art und Weise den Kölner Wirtschaftsbereich wieder einzuführen. Gegen diese Dreibereiche müssen sich die Arbeiter wehren und auf den Biegeleien, wo in gezwungen worden ist, nicht mehr in Arbeit treten. Wie die Unternehmer müssen auch die Arbeiter alles daran setzen, die Konjunktur in diesem Jahre auszunehmen. Die Einführung des Aufzugs ist beabsichtigt.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Man kann die Auslastungen noch ergänzen, und zwar dahingehend: Wenn die deutschen Zementindustrie die Sammen, welche sie für Bekämpfung und Niederkunft der Außenseiter einzuwerfen, zur Verbesserung des Zements verwenden würden, könnte das nicht zum Schaden der deutschen Zementindustrie ausfallen.

Das deutet auch obiger Bericht etwas an. Er sagt nämlich das folgende:

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstrengungen auf die Bekämpfung der Außenseiter verlegt haben — deren Gesamtproduktion nicht übermäßig, ins Gewicht fällt — könnten durch eine planmäßige, wirkungsvolle Werbung dem deutschen Zement zweifellos noch sehr ergiebige Verwendungsmöglichkeiten schaffen, die ihnen eine günstigere Ausnutzung ihrer Kapazität, als bisher der Fall war, gestalten würden.

Die deutschen Zementindustrie, die in letzter Zeit etwas einseitig ihre Hauptanstreng

